

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:329563-2018:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Timmendorfer Strand: Planungsleistungen für Brücken
2018/S 144-329563**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Legal Basis:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

MARITIM Seebrücke Timmendorfer Strand – Leistungen der Objektplanung Ingenieurbauwerke gem. § 43
HOAI und der Fachplanung Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI
Strandallee 42
Gemeinde Timmendorfer Strand
23669

Deutschland

Kontaktstelle(n): büro luchterhandt

E-Mail: timmendorferstrand@luchterhandt.de

NUTS-Code: DEF08

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://timmendorfer-strand.de/>

Adresse des Beschafferprofils: http://www.luchterhandt.de/essential_grid/1227/

I.2) Informationen zur gemeinsamen Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: http://www.luchterhandt.de/essential_grid/1227/

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

büro luchterhandt

Shanghaiallee 6

Hamburg

20457

Deutschland

E-Mail: timmendorferstrand@luchterhandt.de

Fax: +49 40707080780

NUTS-Code: DE600

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.luchterhandt.de>

Adresse des Beschafferprofils: http://www.luchterhandt.de/essential_grid/1227/

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

MARITIM Seebrücke Timmendorfer Strand – Leistungen der Objektplanung Ingenieurbauwerke gem. § 43 HOAI und der Fachplanung Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71322300

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Gegenstand des Verfahrens ist die Planung einer neuen Seebrücke für die Gemeinde Timmendorfer Strand. Die bestehende MARITIM Seebrücke ist sanierungsbedürftig und soll durch einen Neubau ersetzt werden. Ziel des Verfahrens ist es, innovative, ungewöhnliche Vorschläge für eine Seebrücke zu erhalten, die einerseits die klassische Funktion, sich auf das Meer hinaus bewegen zu können erfüllen, andererseits auch andere Nutzungsangebote für die vielfältigen Alters- und Nutzergruppen bieten und überdies eine unverwechselbare Gestalt in Form eines Rundwegs/Rundgangs haben. Dabei ist zu beachten, dass die ganzjährige Nutzung der Seebrücke eine meerwasser-, winter- und extremwetterbeständige Konstruktion voraussetzt.

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 4 000 000.00 EUR

II.1.6) Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) Beschreibung

II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)

71240000

71327000

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code: DEF0F

Hauptort der Ausführung:

Gemeinde Timmendorf, Schleswig-Holstein

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Die Gemeinde Timmendorf schreibt Planungsleistungen der Objektplanung Ingenieurbauwerke gem. § 43 (LPH 2-8) und der Fachplanung Tragwerksplanung gem. § 51 (LPH 2-6) HOAI 2013 aus.

Gegenstand des Verfahrens ist die Planung einer neuen Seebrücke für die Gemeinde Timmendorfer Strand, eines der beliebtesten und prominentesten Ostseebäder Deutschlands. Zentrale Anziehungspunkte in Strandlage, gleichermaßen für Touristen wie auch Einheimische, sind die Seebrücken – in Timmendorfer Strand sind es gleich drei an der Zahl. Die im Norden des Ostseebades auf Höhe des Strandparks befindliche 275 m lange MARITIM Seebrücke ist mittlerweile baufällig und erneut sanierungsbedürftig. Die Gemeinde Timmendorfer Strand hat beschlossen sie durch einen innovativen, ungewöhnlichen Neubau in Form eines Rundwegs/Rundgangs von herausragender Qualität zu ersetzen. Vor dem Hintergrund der ortstypischen Besonderheiten versteht sich die Aufgabenstellung als Chance, die Potentiale des Ostseebades weiter zu gestalten.

Ziel des Verfahrens ist es, innovative, ungewöhnliche Vorschläge für eine Seebrücke zu erhalten, die einerseits die klassische Funktion, sich auf das Meer hinaus bewegen zu können erfüllen, andererseits auch andere Nutzungsangebote für die vielfältigen Alters- und Nutzergruppen bieten und überdies eine unverwechselbare Gestalt in Form eines Rundwegs/Rundgangs haben. Dabei ist zu beachten, dass die ganzjährige Nutzung der Seebrücke eine meerwasser-, winter- und extremwetterbeständige Konstruktion voraussetzt. Es soll ein einstöckiges, ein- oder zweiflügeliges Brückenbauwerk in Form eines Rundwegs/Rundgangs geplant werden, das mindestens 4,5 m breit ist, einen barrierefreien Zugang, Aufenthalt und Umgang ohne fremde Hilfe für Menschen mit Mobilitätseinschränkung sowie für Seh- und Hörbehinderte ermöglicht sowie durch Gelände absturzsicher gestaltet ist. Dafür muss die Brücke höhengleich an die bestehende Promenade auf 5,01/5,03 m ü NHN angeschlossen werden. Zusätzlich ist eine Anlegestelle für ein Bäderschiff mitzudenken. Die Wassertiefe der Ostsee im Bereich der bestehenden MARITIM Seebrücke beträgt am Brückenkopf bis zu ca. -5,00 m. Da es sich um die Planung eines hochgradig identitätsstiftenden Bauwerks handelt, ist auch auf die zukünftige atmosphärische Inszenierung und notwendige verkehrliche Beleuchtung zu achten. Bei der Konstruktion sind zwingend meerwasser-, winter- und extremwetterbeständige, ökologisch nachhaltig bewertete Materialien zu verwenden, die eine ganzjährige Nutzung der Brücke sicherstellen. Fahrzeug- und Personenverkehr setzt eine auf Schwerlast ausgelegte Gründung voraus und die Tragfähigkeit muss auch bei zusätzlicher Eislast gewährleistet sein. Wartungsfahrzeuge müssen die Brücke am Strand unterfahren können. Beim Bau und Betrieb sind naturschutzrechtliche Restriktionen sowie Maßnahmen zum Hochwasserschutz (Hochwasserschutzwand zwischen Promenade und Strand) zu beachten. Da auf gestalterische Qualität großen Wert gelegt wird, empfiehlt sich bei der Bearbeitung der LPH 2-3 für Leistungen der Ingenieurbauwerke (§ 43 HOAI) die Zusammenarbeit mit einem beratenden Architekten. Diesem Verfahren ist ein offener, zweiphasiger interdisziplinärer Planungswettbewerb mit anschließendem Verhandlungsverfahren vorausgegangen. Da nicht alle maßgeblichen Anforderungen durch einen Wettbewerbsbeitrag konzentriert gebündelt erfüllt wurden, war es der Ausloberin nach Vorlage der finalen Angebote nicht möglich eine abschließende Bewertung und Entscheidung zu treffen. Das Verfahren wurde daher aufgehoben.

Sämtliche aus dem Wettbewerbsverfahren zur Erfüllung der Leistungen dieses Verfahrens notwendigen Unterlagen werden den Teilnehmern in den Anlagen zur Verfügung gestellt.

Vorläufige Kostenschätzung:

- 1) KG 300 (brutto) Bauwerk – Konstruktion: 3 280 000,00 EUR
 - 2) KG 400 (brutto) Bauwerk – Technische Anlagen: 300 000 EUR
 - 3) KG 500 (brutto) Außenanlagen: 400 000 EUR
- Gesamtbaukosten: ca. 5 000 000 EUR (brutto)

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Zusammensetzung, Organisation und Erfahrung des vorgesehenen Projektteams / Gewichtung: 25

Qualitätskriterium - Name: Zusammenarbeit / Abstimmung mit dem Auftraggeber und anderen Projektbeteiligten, Darstellung von Schnittstellen / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: Arbeitsstruktur und Methodik zur Erfüllung des Auftrags, Kostenkontrolle, Besprechungskultur, Terminwesen / Gewichtung: 15

Qualitätskriterium - Name: Qualität des Lösungsvorschlags / Gewichtung: 40

Kostenkriterium - Name: Honorar / Gewichtung: 10

II.2.6) **Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 4 000 000.00 EUR

II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 24

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formalen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Objektplanung Ingenieurbauwerke gemäß § 43 und der Fachplanung Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI 2013 eingereichten Projekte aus der Leistungsübersicht in den Kriterien:

1) Objektplanung Ingenieurbauwerke gem. § 43 HOAI:

1A: mind. ein Ingenieur-/Brückenbauwerk mit einem Bauvol. von mind. 4 Mio. EUR (KG 300+400 netto) UND durchgängiger Bearbeitung der LPH 2-5:

1 Proj.=0 Pkt., 2 Proj.=1 Pkt., 3 Proj.=2 Pkt., 4 und mehr Proj.=3 Pkt. (max. 3 Pkt.)

1B: mind. ein Ingenieur-/Brückenbauwerk mit einem Bauvol. von mind. 4 Mio. EUR (KG 300+400 netto) UND durchgängiger Bearbeitung der LPH 6-8:

1 Proj.=0 Pkt., 2 Proj.=1 Pkt., 3 Proj.=2 Pkt., 4 und mehr Proj.=3 Pkt. (max. 3 Pkt.)

1C: Ingenieurbauwerk mit Wasserbezug z.B. Brücke (übers Wasser), Schiffsanlager, Kaimauern:

1 Proj.=1 Pkt., 2 Proj.=2 Pkt., 3 Proj.=3 Pkt., 4 und mehr Proj.=4 Pkt. (max. 4 Pkt.)

1D: Ingenieurbauwerk mit Erfüllung der Kriterien A, B, C und mit einer Länge von mind. 50 m:

0 Proj.=0 Pkt., 1 Proj.=1 Pkt. (max. 1 Pkt.)

1E: Ingenieurbauwerk mit meerwasser-, winter- und extremwetterbeständiger Konstruktion (Salzwasser, Schnee/Eis, Sturm)

0 Proj.=0 Pkt., 1 Proj.=1 Pkt. (max. 1 Pkt.)

1F: Ingenieur-/Brückenbauwerk mit durchgängiger Bearbeitung ODER mit einem Preis (keine Anerkennungen oder Ankäufe) in einem geregelten Wettbewerb (In der Jury muss mindestens ein Vertreter mit der Qualifikation des Bewerbers - hier Ingenieur/in - vertreten sein):

1 Proj.=1 Pkt., 2 Proj.=2 Pkt., 3 Proj.=3 Pkt., 4 und mehr Proj.=4 Pkt. (max. 4 Pkt.)

Für den Leistungsbereich Objektplanung Ingenieurbauwerke gem. § 43 HOAI sind insg. 16 Pkt. zu erreichen.

2) Fachplanung Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI:

2A: mind. ein Ingenieur-/Brückenbauwerk mit einem Bauvol. von mind. 4 Mio. EUR (KG 300 + 400 netto) und durchgängiger Bearbeitung der LPH 2-3:

1 Proj.=0 Pkt., 2 Proj.=1 Pkt., 3 Proj.=2 Pkt., 4 und mehr Proj.=3 Pkt. (max. 3 Pkt.)

2B: mind. ein Ingenieur-/Brückenbauwerk mit einem Bauvol. von mind. 4 Mio. EUR (KG 300 + 400 netto) und durchgängiger Bearbeitung der LPH 4-6:

1 Proj.=0 Pkt., 2 Proj.=1 Pkt., 3 Proj.=2 Pkt., 4 und mehr Proj.=3 Pkt. (max. 3 Pkt.)

2C: Ingenieurbauwerk mit Wasserbezug z.B. Brücke (über Wasser), Schiffsanleger, Kaimauern

1 Proj.=1 Pkt., 2 Proj.=2 Pkt., 3 Proj.=3 Pkt., 4 und mehr Proj.=4 Pkt. (max. 4 Pkt.)

2D: Ingenieurbauwerk mit Erfüllung der Kriterien A, B, C UND mit einer Länge von mind. 50 m

0 Proj.=0 Pkt., 1 Proj.=1 Pkt.

2E: Ingenieurbauwerk mit meerwasser-, winter- und extremwetterbeständiger Konstruktion (Salzwasser, Schnee/Eis, Sturm)

0 Proj.=0 Pkt., 1 Proj.=1 Pkt.

Für den Leistungsbereich Fachplanung Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI sind insg. 12 Pkt. zu erreichen.

Hinweise:

Die Auswahlkriterien können sowohl mit einem oder mehreren Proj. erfüllt werden. Eine Referenz kann in mehreren Mindest- und/oder Auswahlkriterien gewertet werden. Eine Mehrfachnennung in der Leistungsübersicht ist nicht erforderlich. Der Auftraggeber beabsichtigt, mind. 3 und höchstens 5 Bieter auszuwählen. Die Bewerber mit den höchsten Punktzahlen qualifizieren sich als Teilnehmer für das Verhandlungsverfahren. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, gemäß § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen. Für den Fall, dass ausgewählte Bieter ihre Teilnahme am Verhandlungsverfahren vor dem Versand der Aufgabenstellung absagen, behält sich die Vergabestelle vor, Nachrücker zu benennen.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

— stufenweise Beauftragung der Leistungsphasen 5-8 für die Leistungen der Objektplanung Ingenieurbauwerke gemäß § 43 HOAI 2013

— stufenweise Beauftragung der Leistungsphasen 5-6 für die Leistungen der Fachplanung Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI 2013

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Die Gemeinde Timmendorf wird im Rahmen der Angebotserstellung Lösungsansätze von den zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bietern abfordern. Für den Lösungsansatz wird eine pauschale Aufwandsentschädigung von 3000 EUR (netto) inkl. Nebenkosten gewährt. Es ist die Anlage „Leistungskatalog Lösungsvorschlag“ zu beachten.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Nachweis der Eintragung in ein Berufsregister bzw. in ein Handelsregister am Wohnort des Bewerbers nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift. Hinweis: Ein Handelsregistrauszug muss gültig und darf nicht älter als 3 Monate sein. (Stichtag ist der Tag der Submissionsfrist für Teilnahmeanträge).

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerbungsbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die Bildung einer Bewerbergemeinschaft ist möglich. Jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft hat die geforderten Unterlagen, Erklärungen und Nachweise vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Der Bewerbungsbogen ist für eine Bewerbergemeinschaft nur einmal vorzulegen.

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen, Nachweise und Erklärungen abzugeben:

B1 – Erklärung zur wirtschaftlichen Verknüpfung/Zusammenarbeit.

B2 – Erklärung, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 123 und 124 GWB vorliegen.

B3 – Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (Hinweis: Ein Handelsregisterauszug muss aktuell und darf nicht älter als 3 Monate sein. Stichtag ist der Tag der Submission des Teilnahmewettbewerbs).

B4 – A) Bescheinigung von der zuständigen Behörde des betreffenden Mitgliedstaates, dass der Bewerber seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben (Auskunft in Steuersachen, max. 3 Monate alt) ordnungsgemäß erfüllt. Stichtag ist der Tag der Submission des Teilnahmewettbewerbs.

B4 – B) Nachweis über regelmäßige Leistung der Sozialversicherungsbeiträge (Unbedenklichkeitsbescheinigung der Einzugsstelle (max. 3 Monate alt) UND der Berufsgenossenschaft, aktuell und gültig) Stichtag ist der Tag der Submission des Teilnahmewettbewerbs.

B5 – Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Einhaltung der Mindestarbeitsbedingungen.

C1 – Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung.

C2 – Erklärung über den Gesamt- und Teilumsatz in den letzten 3 Geschäftsjahren (§ 45 (1) VgV) für vergleichbare Leistungen der Ingenieurbauwerke gem. § 43 HOAI 2013 und der Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI 2013.

Die aufgezählten Nachweise dürfen nicht älter als 3 Monate (Nachweise der Versicherung/ Berufsgenossenschaft nicht älter als 12 Monate) und noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bewerbergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise in englischer oder deutscher Sprache vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn diese nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, indem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (unter Verwendung des dem Bewerbungsbogen anliegendem Aufkleber) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben nachzufordern.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu C1: Die Deckungssummen müssen mind. 3 000 000 EUR für Personenschäden, mind. 1 000 000 EUR für sonstige Schäden abdecken. Besteht eine Berufshaftpflichtversicherung mit niedrigeren als den o. a. Deckungssummen, ist die Vorlage einer schriftlichen Bestätigung der Versicherung, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben, erforderlich.

Zu C2: Der Gesamt- und Teilumsatz der letzten 3 Geschäftsjahre für die Leistungen der Objektplanung Ingenieurbauwerke gem. § 43 HOAI 2013 muss mind. 200 000 EUR (netto) im Durchschnitt der letzten 3 Jahre (2015/2016/2017) betragen. Der Gesamt- und Teilumsatz der letzten 3 Geschäftsjahre für die Leistungen der Fachplanung Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI 2013 muss mind. 200 000 EUR (netto)

im Durchschnitt der letzten 3 Jahre (2015/2016/2017) betragen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

D1 – Liste der wesentlichen in den letzten 5 Jahren (Stichtag: 1.1.2013) erbrachten Leistungen (§ 46 (3) 1.VgV).

D2 – Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers gem. Abschnitt III.2.1) der EU-Bekanntmachung.

D3 – Erklärung der Beschäftigtenzahl in den letzten 3 Jahren (§ 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV).

Über die geforderten Nachweise hinaus abgegebene Unterlagen (Bürobroschüren o. ä.), bleiben unberücksichtigt. Maßgeblich sind die Angaben im Teilnahmeantrag. Referenzen aus früheren Tätigkeiten in anderen Büros werden zugelassen, soweit eine Bescheinigung des früheren Arbeitgebers vorliegt, dass diese Referenzen in leitender Position bearbeitet wurden.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen 5 Jahre (Stichtag 1.1.2013) bearbeitet und abgeschlossen worden sein.

Zu D1 und den Leistungen der Objektplanung Ingenieurbauwerke gem. § 43 HOAI 2013:

1) Mit der Leistungsübersicht ist zwingend mind. ein Ingenieur-/Brückenbauwerk mit einem Bauvolumen von mind. 4 000 000 EUR (KG 300+400 netto) UND durchgängiger Bearbeitung der Leistungsphasen 2-8 gem. § 43 HOAI 2013 nachzuweisen.

2) Mit der Leistungsübersicht ist zwingend mind. ein Projekt für einen öffentlichen Auftraggeber nachzuweisen.

Zu D1 und den Leistungen der Fachplanung Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI 2013:

1) Mit der Leistungsübersicht ist zwingend mind. ein Ingenieur-/Brückenbauwerk mit einem Bauvolumen von mind. 4 000 000 EUR (KG 300+400 netto) UND durchgängiger Bearbeitung der Leistungsphasen 2-6 gem. § 51 HOAI 2013 nachzuweisen.

2) Mit der Leistungsübersicht ist zwingend mind. ein Projekt für einen öffentlichen Auftraggeber nachzuweisen.

Entsprechende Referenzen sind unter:

a. Angabe der Projektbeschreibung,

b. Angabe des Projekttyps,

c. Angabe des Leistungszeitraums von Leistungsphase 2 bis Leistungsphase 8 (Leistungsphase 3 bis Leistungsphase 6 bei Leistungen der Fachplanung Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI 2013),

d. Angabe der beauftragten und abgeschlossenen Leistungsphasen,

e. Angabe des Bauvolumens der Kostengruppe 300 und 400 gemäß der Norm des Deutschen Instituts für Normung (DIN) 276 in EUR (netto),

f. Angabe zur Art des Auftraggebers (öffentlich/privat)

g. Angabe und Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner (inklusive Telefonnummer) in die Leistungsübersicht einzutragen.

Zu D2:

Ingenieur/-in (bzw. ein vergleichbarer berufsqualifizierender Hochschulabschluss, mind. FH) gem. § 75 (2) VgV für die Leistungen der Objektplanung Ingenieurbauwerke gem. § 43 HOAI 2013,

Bauingenieur/-in (bzw. ein vergleichbarer berufsqualifizierender Hochschulabschluss, mind. FH) gem. § 75 (2) VgV für die Leistungen der Tragwerksplanung gem. § 51 HOAI 2013.

Zu D3:

Für § 43 HOAI: Es sind mindestens 2 Mitarbeiter mit einem berufsqualifizierenden Hochschulabschluss gemäß § 43 HOAI 2013 im Durchschnitt der letzten 3 Jahre (2015/2016/2017) nachzuweisen.

Für § 51 HOAI: Es sind mindestens 2 Mitarbeiter mit einem berufsqualifizierenden Hochschulabschluss gemäß § 51 HOAI 2013 im Durchschnitt der letzten 3 Jahre (2015/2016/2017) nachzuweisen.

Es werden sowohl Inhaber als auch sozialversicherungspflichtig beschäftigte Mitarbeiter mit entsprechender Berufsqualifikation gewertet.

Bewerbergemeinschaften können diese Anforderung gemeinsam erfüllen.

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

Unter anderem:

— HOAI 2013,

— Allgemeine Vertragsbestimmungen der Gemeinde Timmendorf

— Anlage: Bewerbungsbogen, Bewertungsübersicht (Zuschlagskriterien), Leistungskatalog Lösungsvorschlag, Protokoll der Preisgerichtssitzung 2. Phase am 01. April 2017, Wettbewerbsbeiträge (Präsentationspläne) 2. Phase

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

IV.1.5) Angaben zur Verhandlung

IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 29/08/2018

Ortszeit: 14:00

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 3 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Anlagen der EU-Bekanntmachung:

- Bewerbungsbogen
- Bewertungsübersicht (Zuschlagskriterien)
- Leistungskatalog Lösungsansatz
- Protokoll der Preisgerichtssitzung 2. Phase am 1.4.2017
- Wettbewerbsbeiträge (Präsentationspläne) 2. Phase

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer Schleswig-Holstein beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie
Düsternbrooker Weg 94

Kiel

24105

Deutschland

Telefon: +49 4319884640

E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de

Fax: +49 4319884702

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es wird auf § 160 GWB verwiesen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 – 4 GWB unzulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens Bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Vergabekammer Schleswig-Holstein beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie
Düsternbrooker Weg 94

Kiel

24105

Deutschland

Telefon: +49 4319884640

E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de

Fax: +49 4319884702

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
24/07/2018